

# Zur Normalisierung des Terrors von rechts



Schöne Grüße aus Deutschland:  
*Anschläge auf Asylheime gehören bundesweit zum Alltag*

Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung zählten 2015 mehr als 1239 Angriffe auf Asylunterkünfte sowie auf Asylsuchende. Nur in einem Bruchteil der Fälle konnten Tatverdächtige ermittelt werden – vier Urteile wurden bislang ausgesprochen. Wie konnte es zu dieser Vielzahl von Angriffen kommen? Und warum bleiben die Ermittlungen so wenig von Erfolg gekrönt? Von Maximilian Pichl.

**D**ie rechte Szene konnte sich schon nach den Pogromen in den 90er-Jahren für einige Jahre vor Strafverfolgung sicher fühlen. Politisch sah sie sich durch den Asylkompromiss bestätigt. Rostock-Lichtenhagen wiederholte sich nun 2015 in Freital, Heidenau, Tröglitz und an vielen anderen Orten. Dass neonazistische Kader heute ohne Vermummung und in Anwesenheit der Polizei Geflüchtete und Linke jagen können, zeigt das gestiegene Selbstbewusstsein der rechten Szene. Die massiven Angriffe von Rechten auf den alternativen Leipziger Stadtteil Connewitz im Januar 2016 markieren eine weitere Eskalationsstufe. Das zunehmende Gefühl der Sicherheit verstärkt den Eindruck vieler Rechter, den Kampf um die Straße noch offensiver führen zu können.

Diese Sicherheit muss der rechten Szene genommen werden. Die Sozialisierung von rechten Gewalttäterinnen und Gewalttätern Anfang der 90er-Jahre führte zur Gründung militanter Strukturen wie dem Thüringer Heimatschutz und mündete in letzter Konsequenz in der Bildung des sogenannten „*Nationalsozialistischen Untergrunds*“ (NSU). An vielen Orten – gerade auch in Ostdeutschland – verteidigen zwar antirassistische Initiativen Flüchtlingsunterkünfte, da die Polizei oft unvorbereitet ist oder nicht eingreift. Das nimmt der rechten Szene ein Stück weit das Gefühl der Sicherheit. Doch es wäre eigentlich ein breites zivilgesellschaftliches Aufbegehren gegen die erschreckende Gewöhnung an rechte Gewalttaten notwendig.

### Vornehme Zurückhaltung bei der Strafverfolgung

Die zunehmende Sicherheit der rechten Szene hängt wesentlich mit der nachlässigen Strafverfolgung von rassistisch motivierten Straftaten zusammen. Die wenigen Ermittlungserfolge nach Angriffen auf Asylunterkünfte werden mitunter dadurch begründet, dass viele Täterinnen und Täter nicht zur rechten Szene zu zählen seien. Eine Untersuchung der britischen Zeitschrift *Searchlight* in Großbritannien widerlegt hingegen diese Annahme. Es handelt sich laut *Searchlight* bei den Täterinnen und Tätern in der Regel nicht um „Lone Wolves“ sondern um organisierte Netzwerke. Eine vergleichbare Analyse für Deutschland könnte wichtige Erkenntnisse liefern.

Die Ermittlungsbehörden wenden außerdem ein, dass solche Taten grundsätzlich schwer zu verfolgen seien.

Doch gerade in kleinen Gemeinden ist davon auszugehen, dass die Polizei vor Ort oder zumindest der Staatsschutz die Mitglieder der rechten Szene kennen. Und selbst unorganisierte Personen mit extrem rechten Einstellungen bewegen sich in einem sozialen Umfeld, mit dem sie sich austauschen, das sie in rassistischen Einstellungen bestätigt oder gar zur Tat ermutigt. Häufig geschieht dies sehr offen via Facebook und Twitter. Ermittlungsbehörden stellen mitunter schlicht keine umfassenden Nachforschungen an.

Die Facebook-Seiten vieler Bürgerinitiativen gegen Geflüchtete sind voll von rassistischen Kommentaren und Gewaltphantasien. Erste Ermittlungen müssen daher bei den aktiven rechten Strukturen ansetzen und zugleich aber auch erforschen, wer sich wie in den sozialen Netzwerken ablehnend gegen Flüchtlinge äußert.

### Zentrale Ermittlung statt Kraut & Rüben

Unterkünfte brennen in ganz Deutschland. Es wäre daher naheliegend, dass die Ermittlungsbehörden auch bundesweit zusammenarbeiten. Bei der Massivität der Anschläge könnte die Generalbundesanwaltschaft durchaus Ermittlungen an sich ziehen, wie sie es aktuell bei der Gruppierung „Oldschool Society“ getan hat. Die Erkenntnis, dass hunderte von Haftbefehle gegen Neonazis nicht vollstreckt werden und möglicherweise viele im Untergrund agieren, ist Anlass genug, die Angriffe auf Flüchtlinge flächendeckend zu untersuchen – nicht nur durch die Polizei, sondern auch durch zivilgesellschaftliche Institutionen, die hierfür eine entsprechende finanzielle Ausstattung zur Analyse benötigen.

### Staatliche Akteure erkennen rechten Terror nicht

Doch möglicherweise fehlt nicht nur der politische Wille, sondern das Problem könnte tiefer liegen. Zentral für die Einordnung rechter Gewalt wären die Begriffe „Sicherheit“ und „Terrorismus“, die aber vorrangig durch sicherheitspolitische Apparate definiert werden, wie beispielsweise die Innenministerien oder die Polizei. Beiden Begriffen gemein ist für diese Apparate ein auf den Staat bezogenes Verständnis. Terrorismus wird oft nur dann erkannt, wenn sich dieser gegen staatliche Repräsentanten und Symbole richtet oder wie im Falle der jüngsten islamistischen

***Die zunehmende Sicherheit der rechten Szene hängt wesentlich mit der nachlässigen Strafverfolgung von rassistisch motivierten Straftaten zusammen***

Attentate gegen eine Zivilgesellschaft, die als Teil des Staates verstanden wird. Rechter Terrorismus richtet sich vorrangig gegen Minderheiten, die auch aufgrund fehlender Staatsangehörigkeitsrechte und Diskriminierungen aus dem Gesellschaftskorpus ausgeschlossen werden.

Außerdem erklären Ermittlungsbehörden häufig nach Gewalttaten, aufgrund fehlender Bekennerschreiben gäbe es kein Anzeichen für eine rassistische Motivation. Dies unterschlägt, dass rechte Strukturen in der Regel keine Bekennerschreiben benutzen. Der Potsdamer Politikwissenschaftler Gideon Botsch erläutert treffend, dass rechte Gruppierungen sich nicht am Motiv der Propaganda der Tat orientieren, sondern ein allgemeines Unsicherheitsgefühl produzieren wollen – was sie bei Asylsuchenden und Menschen mit nichtweißer Hautfarbe auch erreichen. Fehlende Bekennerschreiben resultieren darüber hinaus aus der völkisch-nationalen Ideologie der Täterinnen und Täter. Sie verstehen ihre Aktionen als Vollzug des imaginierten Volkswillens; als Individuen treten sie hinter die Tat zurück und damit wird sie zur Tat aller „patriotischen Deutschen“.

Rechte möchten Staat restaurieren  
- nicht angreifen

Rassistischer Terror richtet sich nicht gegen den Staat, sondern möchte vielmehr die staatliche Souveränität im völkisch-nationalistischen Sinne restaurieren. Der Jenaer Soziologe Matthias Quent hat hierfür den treffenden Begriff des Vigilantismus übernommen, der im US-amerikanischen Kontext zur Analyse rechter Bürgerwehren entstanden ist. Nach Quent ist das Auftauchen des Vigilantismus ein Misstrauensvotum in die Effizienz des Staates – beispielsweise in Fragen der Grenzsicherung – und nicht in das Konzept des Staates selbst.

Als terroristischen Angriff auf den Staat verstehen staatliche Sicherheitspolitiker den Vigilantismus und rechten Terror daher nicht. Vielmehr versucht die Politik, das „Terrain demokratischer Politikgestaltung tendenziell zulasten von Freiheit und Gleichheit zu verschieben“, um vigilantistischen Bestrebungen beizukommen, so Quent.

Zeit für mehr emanzipatorische Flüchtlingspolitik

Wenn der Staat überhaupt auf rassistische Angriffe reagiert, dann meist mit vorhersehbaren Antworten: Mehr Personal für die Polizei, Strafverschärfungen oder Demonstrationsverbote. Doch der Ruf nach

Repression schädigt auf lange Sicht nicht rechte Strukturen, sondern alle emanzipatorisch gesinnten Gruppen. Die wirksamste Strategie gegen den Zuwachs rechter Bewegungen und Parteien besteht im Eintreten für eine progressive Flüchtlingspolitik und eine damit einhergehende politische Isolierung der völkisch-nationalen Kräfte. Aktuell geschieht das Gegenteil: In einer beispiellosen Eile verabschiedet der Bundestag immer neue Asylrechtsverschärfungen. Ein ernsthafter politischer Widerstand aus der parlamentarischen Opposition ist nicht erkennbar.

Durch Asylrechtsverschärfungen werden rechte Positionen integriert statt zurückgedrängt. Wie der Soziologe Alex Demirovic schon Anfang der 90er treffend feststellte, sind rechte Kräfte nicht nur die Folge einer Krise, sondern ein wirkender Faktor. Die Asylrechtsverschärfungen der jüngsten Zeit schwächen rechte Akteure nicht, sie erweitern ihre potentielle Wählerbasis. Mit einer politischen Haltung, die sich der allgemeinen öffentlichen Hysterie widersetzen würde und konsequent für Menschenrechte einträte, könnten rechte Kräfte in die Schranken verwiesen werden.<

Maximilian Pichl  
*ist juristischer Mitarbeiter bei PRO ASYL*